**Der Beitrag der Wirtschaftspolitik  
MR Koch-Sembdner, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau**

Das Hauptziel bei der Einbindung der Konversion in die Leitbilder und Ziele der Stadtentwicklung ist die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Potential im Dienstleistungssektor dürfte angesichts der Entwicklungen in den USA, die typischerweise mit zeitlicher Verzögerung auch in Deutschland zu erwarten sind, noch nicht ausgeschöpft sein. Insoweit sollte die Stadt weiterhin auf Wachstum setzen.

Angesichts der Größe der Konversionsflächen und der Ziele der Raumordnung wie der Landesplanung sollte sich die Flächenausweisung für Gewerbe und Industrie grundsätzlich auf Konversionsflächen begrenzen. Die bereits begonnene Kooperation in der Region (Industriepark Region Trier, Flugplatz Bitburg, Granahöhe, Güterverkehrszentrum) sollte fortgesetzt werden, um die Vorteile von Synergieeffekten, gegenseitiger Ergänzung und besserer Auslastung zu nutzen.

Die Förderung von Unternehmensausgründungen, der Technologie-Transfer und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Gewerbe- und Technologiezentren in Zusammenarbeit mit

Universität und Fachhochschule wird als gutes und gewinnbringendes Konzept bewertet. Bei der Einrichtung eines Wissenschaftsparks, wie er von der Uni Trier erwogen wird, sollte auf internationale Erfahrungen - das Land kann z.B. die der Universität Stanford/Kalifornien vermitteln - zurückgegriffen werden.

Bei den mittleren und großen Konversionsprojekten ist - wie die Erfahrung gezeigt hat - grundsätzlich eine Public-Private-Partnership (PPP) erforderlich. Die öffentliche Hand muss sich zu Beginn finanziell stark engagieren, um das Projekt möglichst bald der privaten Seite zu überlassen. Es wurden einige Ausprägungen und Unterschiede der in Rheinland-Pfalz bereits praktizierten PPP-Modelle am Beispiel der Flugplätze Hahn, Zweibrücken und Bitburg skizziert.

Wirtschaftspolitik ist auch Preispolitik. Das neue, im Haushaltsgesetz 1997 des Bundes verankerte Modell kann zu einer erheblichen Entlastung des Erwerbers führen, weil u.a. Erschießungs- und Entwicklungskosten vom Kaufpreis abgesetzt werden können. Das Land sieht jedoch noch Korrekturbedarf bei der Ausgestaltung dieses Modells.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat ein „Regionales Landesförderprogramm" als Kompensation dafür entwickelt, dass für die Region Trier die Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" entfallen ist. Die Europäische Union hat ·es bereits genehmigt